

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig.
Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

November 2013



Wirtschaftspolitik auf dem Prüfstand

Knapp zwei Monate nach der Bundestagswahl stehen CDU, CSU und SPD in Koalitionsverhandlungen. In zwölf Arbeitsgruppen wird über Themen wie Mindestlohn, PKW-Maut, Investitionen in den Straßenbau, künftige Förderung der erneuerbaren Energien, Mietpreisbremse, Ausbau des Breitbandnetzes und so fort gestritten. Während bei vielen Fragen die Details noch strittig scheinen, ist ein Grundkonsens offenkundig: Die angehende Große Koalition fühlt sich allzuständig für die großen und kleinen Probleme des Landes.

In die Koalitionsverhandlungen hinein hat der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie ein Gutachten mit dem Titel „Evaluierung wirtschaftspolitischer Fördermaßnahmen als Element einer evidenzbasierter Wirtschaftspolitik“ veröffentlicht. Darin schlagen die Verfasser vor, dass der Bund, der jährlich mehr als 20 Milliarden Euro für Finanzhilfen und Steuervergünstigungen ausgibt, die Wirksamkeit seiner Fördermaßnahmen systematisch überprüft. Die Evaluierung solle ermitteln, inwieweit die mit einer Subvention angestrebten Ziele erreicht werden und welche Maßnahme die geringsten Kosten verursacht. Dadurch entstünden Lerneffekte: „Fördermaßnahmen können mit diesem Wissen weiterentwickelt werden, sodass die Wirksamkeit wirtschaftspolitischer Maßnahmen insgesamt erhöht werden kann.“

Beim Blick auf die Koalitionsverhandlungen, die überarbeitete und ausgeweitete Fördermaßnahmen nach sich ziehen dürfen, stellt sich nicht nur die Frage nach deren Effektivität und Effizienz, sondern grundsätzlicher: „Was sind das aber für Reformen, die uns Wände voll neuer Gesetze, Novellen und Durchführungsbestimmungen bringen?“ Ludwig Erhard fragte dies 1974 im Angesicht einer Politik, die sich von der Sozialen Marktwirtschaft abgekehrt hatte. Die Frage ist hoch aktuell, genau wie Erhards Antwort: „Es sind Reformen, die in immer ausgeklügelterer Form Bürger in neue Abhängigkeiten von staatlichen Organen bringen, wenn nicht sogar zwingen.“

Lars Vogel

Spendenbereitschaft gestiegen

18 Millionen Menschen in Deutschland spendeten in den ersten acht Monaten des Jahres 2013 rund 2,6 Milliarden Euro an gemeinnützige Organisationen oder Kirchen. Damit liegt das private Spendenaufkommen um fast 20 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Auch die Zahl der Spender nahm im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 Millionen Personen zu, die Höhe einer durchschnittlichen Spende stieg von 26 auf 30 Euro. Diese Zahlen hat der Deutsche Spendenrat erhoben.

Als Spende zählen die von Privatpersonen freiwillig gegebenen Geld-, Sach- und Zeitspenden an gemeinnützige Organisationen, Hilfs- sowie Wohltätigkeitsorganisationen und Kirchen. In der Erhebung nicht enthalten sind Erbschaften und Unternehmensspenden, Spenden an politische Parteien und Organisationen sowie gerichtlich veranlasste Geldzuwendungen, Stiftungs-

neugründungen und Großspenden über 2 500 Euro.

Vom Spendenaufkommen flossen – wie im Vorjahr – rund 24 Prozent in den Bereich „Kirche und Religion“. Knapp 20 Prozent wurden für die Kinderhilfe gespendet. Bedingt durch die Hochwasserkatastrophe in Deutschland hatte sich der Anteil der Not- und Katastrophenhilfe am Spendenaufkommen von neun auf 18 Prozent verdoppelt. Allein im Juni 2013 wurden dafür 208 Millionen Euro gespendet. Regional betrachtet war die Spendenbereitschaft für die Flutkatastrophe im Süden und Osten Deutschlands am größten. Speziell im Osten haben vermehrt auch Menschen mit mittleren Einkommen Geld für die Hochwasserhilfe gegeben.

<http://goo.gl/Y2AUUU>

Mehr umweltschädliche Subventionen

Das Umweltbundesamt (UBA) kritisiert den Anstieg umweltschädlicher Subventionen in Deutschland. Die aufgewendeten Mittel betrugen für das Jahr der Erhebung (2010) rund 52 Milliarden Euro; die vorhergehende Statistik (2008) wies Kosten in Höhe von rund 48,3 Milliarden Euro aus.

Den stärksten Subventionsanstieg verzeichnet der UBA-Bericht im Energiesektor: 2010 förderte der Staat demnach unter anderem fossile Energieträger wie Braunkohle mit rund 21,7 Milliarden Euro,

Private Spenden

in Milliarden Euro

2008	2,24
2009	2,22
2010	2,63
2011	2,32
2012	2,15
2013	2,56

jeweils Januar bis August

Quelle: Deutscher Spendenrat/GfK

ein Anstieg von knapp vier Milliarden Euro. Den teuersten Subventionssektor macht dem Bericht zufolge der Verkehr aus. Hier wurden Subventionen in Höhe von 23,6 Milliarden Euro festgestellt.

Die künftige Bundesregierung sollte nach Meinung des UBA „die Koalitionsverhandlungen nutzen, um einen klaren Fahrplan für den Abbau umweltschädlicher Subventionen zu erstellen“.

Subventionen sind nach der Definition des UBA dann umweltschädlich, wenn sie negative Auswirkungen auf Klima, Boden, Wasser, menschliche Gesundheit, biologische Vielfalt und natürliche Ressourcen haben.

Die Subventionen belasten laut UBA den Steuerzahler dreifach: einmal die Subventionen selber, zum Zweiten die finanziellen Folgen für Umwelt- und Gesundheitsschäden und schließlich für die Gegensubventionierung umweltfreundlicher Technik, etwa bei erneuerbaren Energien: Würde beispielsweise die Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern vollständig mit den entstehenden Umweltkosten belastet, wären etliche Techniken zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien längst wettbewerbsfähig.

<http://goo.gl/oOp8wG>

Schädliche Subventionen

nach Sektoren, in Milliarden Euro

Energienutzung/-gewinnung	21,65
Verkehr	23,52
Bau-/Wohnungswesen	5,88
Land-/Forstwirtschaft	0,53
Gesamt 2010	51,57

Quelle: Umweltbundesamt

Altkleider-Schätze

Neue Jahreszeit, neue Mode – für viele ist im Herbst wieder einmal der Zeitpunkt gekommen, im Kleiderschrank Platz für Neues zu schaffen. Vorläufige Endstation der ausrangierten Bekleidung ist dann häufig der nächste Altkleidercontainer. Für die Sammler der Gebrauchtwäsche kann das ein ertragreiches Geschäft sein.

Kleiderspenden gehen direkt an Bedürftige – das wird vielen Spendern von Alttextilien durch den Kopf gehen, wenn sie ihr Aussortiertes in die entsprechenden Sammelbehälter geben. Auch wenn beiseitegelegte Stücke zu klein, zu weit, zu eng oder nicht mehr modisch genug sind, tragen könnte jemand anderes das Abgelegte auf jeden Fall noch. Zwei Fliegen mit einer Klappe: Das noch Verwendbare findet einen neuen Nutzer, und der Spender hat das gute Gefühl, dass mit seinen Sachen etwas Sinnvolles getan wird.

Die Spendenbereitschaft läppert sich: Vorsichtig geschätzte 750 000 Tonnen Altkleider kommen in Deutschland jährlich zusammen. Davon sammelt allein das Deutsche Rote Kreuz (DRK) rund 100 000 Tonnen in bundesweit 25 000 Sammelcontainern ein. Andere interessieren sich ebenso für Alttextilien: Zahlreiche kirchliche und karitative Organisationen, aber auch private Sammler sind dabei. Die Modekette Adler und der Schuhhändler Reno sammeln seit 2009 gebrauchte Textilien und Schuhe ein. Bei Adler fanden sich nach eigenen Angaben 2012 knapp 500 Tonnen alte Kleider ein. Bei Reno kommen 1,5 Kilo alte Schuhe pro Filiale und Tag zusammen. Seit die-

sem Frühsommer ist auch die Modekette Hennes und Mauritz (H&M) in ausgewählten Filialen zum Altkleider-Sammler geworden. Und seit der Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes im Juli 2012 haben manche Kommunen und Landkreise ihre Sammelleidenschaft entdeckt.

Altkleider – nur mit Behördenstempel

Kleider zu sammeln, ist in Deutschland grundsätzlich meldepflichtig. Das gilt für gemeinnützige ebenso wie für private Sammelaktionen. Die Sammlungen müssen drei Monate im Voraus bei den zuständigen Ämtern angemeldet werden. Gemeinnützige Sammlungen sind unbeschränkt möglich, gewerbliche können von den Behörden mit Hinweis auf die Gefahr für „überwiegend öffentliche Interessen“ untersagt werden. Was genau diese Interessen sind, darüber wird in zahlreichen Gerichtsverfahren gestritten.

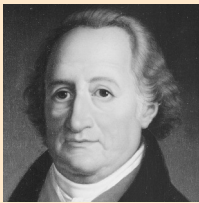
Auch Altkleidercontainer sind aus rechtlicher Sicht Sammlungen und müssen deshalb angemeldet sein. Auf öffentlichen Flächen muss eine Sondernutzungserlaubnis bei den Ämtern eingeholt werden, zumindest dem Gesetz nach. In der Realität werden Schätzungen zufolge Tau-

sende Container ohne Erlaubnis aufgestellt, und in vielen Fällen werde Gemeinnützigkeit nur vorgegaukelt. Von den rund 120 000 Altkleidercontainern bundesweit seien mindestens 15 Prozent illegal aufgestellt, so FairWertung, Dachverband für ein bundesweites Netzwerk von rund 100 Sammel-Organisationen.

Alle wollen alte Wäsche

Das vielfältige Interesse an aussortierter Wäsche bleibt nicht folgenlos. FairWertung stellt fest: Durch den Aufbau eigener Sammelssysteme oder die öffentliche Ausschreibung von Containerstellplätzen durch Kommunen und Landkreise würden gemeinnützige Sammlungen, wenn auch vielfach ohne Absicht, verdrängt. Das DRK verzeichnet infolge des novellierten Kreislaufwirtschaftsgesetzes ebenfalls Rückgänge beim Alttextilaufkommen. In einigen Regionen sei die Menge um bis zu 15 Prozent gesunken. Dies liege allerdings nicht nur an der zunehmenden Zahl illegaler Aufsteller.

Die direkte Unterstützung Bedürftiger mit Textilien steht bei vielen Sammlern nicht im Vordergrund. Für das DRK und andere soziale und karitative Organisationen sind Altkleidersammlungen vor allem eine wichtige Einnahmequelle: Mit dem



„Es ist nicht genug, zu wissen, man muss auch anwenden;
es ist nicht genug, zu wollen, man muss auch tun.“

Johann Wolfgang von Goethe

Verkauf der gebrauchten Wäsche – eine Tonne unsortierte Wäsche wird von Textil-Wiederverwertern mit rund 450 Euro vergütet – werden gemeinnützige Projekte unterstützt. Beispiel DRK: Etwa die Hälfte des Eingesammelten sei noch tragbare Kleidung. Lediglich fünf bis zehn Prozent davon landen tatsächlich bei bedürftigen Menschen und kommen ihnen über DRK-Kleiderkammern oder Secondhandshops zugute. Der große Rest wird an Altkleider-Sortierbetriebe verkauft. Auf diese Weise erzielte das DRK im Jahr 2012 etwa zwölf Millionen Euro, die die Organisation dann zur Finanzierung für Katastrophenhilfe, Ausbildung in DRK-Projekten und anderes mehr einsetzte.

Professionelle Sortierung und Wiederverwertung

Das funktioniert gemäß DRK nur, wenn die Altkleider professionellen Verwertern überlassen werden. Dort werden die Spenden nach Qualität sortiert und gebündelt. Was von den Sortierwerken als nicht mehr verwendbar eingestuft wird, muss nach deutschem Gesetz recycelt werden. Das betrifft aber nur rund 15 Prozent der Ware. Der überwiegende Teil der Spenden geht andere Wege. Die besten Stücke, sogenannte Creme-Ware, werden in osteuropäische und arabische Staaten exportiert und dort in Secondhand-Läden verkauft. B-Ware geht nach Afrika, immerhin noch rund 60 Prozent der tragbaren Kleidung. Dort werden die Textilien verkauft. Der Rest wird geschreddert

und zu Dämmstoffen für die Bau- und die Automobilindustrie oder zu Putzlappen verarbeitet. Der geringste, nicht mehr verwertbare Teil landet schließlich, so sieht es das Gesetz vor, in den Müllverbrennungsanlagen.

Verschenken oder verrechnen?

Gleichgültig also, ob Blusen, Hosen oder T-Shirts in einem Sammelbehälter vom DRK oder im Container eines privaten Sammlers landen, die überwiegende Menge der eingesammelten Altwäsche wird über ausschließlich kommerziell arbeitende Sortierbetriebe auf den weiteren Weg gebracht. Der Unterschied liegt darin, dass das DRK und ähnlich karitativ tätige Verbände die Einnahmen aus dem Verkauf der Altkleider verwenden, um Hilfsprojekte zu finanzieren. Private Sammler dagegen können die Erlöse als Gewinn verbuchen. Es sind also nicht zwangsläufig die Hilfsbedürftigen der Welt, die von den Spenden profitieren, sondern eine global arbeitende Branche, die die Kleidung weltweit verkauft.

Inmitten dieses Gerangels zwischen Hilfsorganisation, privatem Sammler, Handelskette und Kommune steht der Einzelne, der Gutes tun möchte. Wem soll er seine Spende überlassen, wenn sich nur die Verwendung der Erlöse unterscheidet?

Das Dilemma für den Spender: Soll anderen geholfen werden oder sollte er auch an sich denken und die Bekleidung in der Filiale einer Modenkette abgeben – und sich damit selber belohnen? Die

Handelsketten gewähren ihren Kunden immerhin Warengutscheine und Rabatte. Außerdem betonen sie in ihren Presseverlautbarungen, dass ein Teil der Erlöse für soziale Zwecke gespendet würde; dass damit zugleich ein Anreiz für den Kauf von Neuware gegeben wird – ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Dann also doch die eigene Gemeinde unterstützen, in der man wohnt? Kommunen und Landkreise verwenden die erzielten Erlöse zum Beispiel zur Quersubventionierung ihrer Müllentsorgungsbetriebe. Die Spender kommen dann eventuell in den Genuss niedrigerer Abfallgebühren.

Wer die Wahl hat...

Das Gute an der neu erwachenden Altkleider-Sammel Lust für die Spender: Wahlmöglichkeiten zu haben ist von Vorteil. Jeder kann nach seiner Vorstellung entscheiden, welche Form der Kleiderspende der eigenen Überzeugung entspricht. Wer will, dass die Spende gemeinnützig eingesetzt wird, sollte darauf achten, wo er die Altkleider hingibt. Neben den Sammelcontainern kann ausranigierte Bekleidung auch bei Vereinen der Nachbarschaftshilfe oder Kleiderkammern vor Ort abgegeben werden; dort kommt das Eingesammelte üblicherweise Bedürftigen direkt zugute. Laut FairWertung wollen immerhin 88 Prozent der Deutschen ausdrücklich karitative Einrichtungen unterstützen.

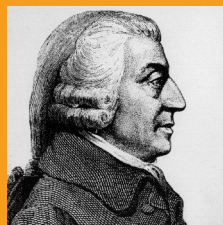
An wen auch immer die Kleiderspende geht, angesichts der inzwischen weit ge-

diehenen Informationsmöglichkeiten kann jeder prüfen, ob die mit der Kleiderspende bedachte Institution seriös handelt – zum Beispiel, indem nachgeprüft wird, ob Erlöse so verwendet werden, wie medienwirksam behauptet.

Dieser Sorgfaltspflicht der Spender steht eine Transparenzpflicht der einsammelnden Organisationen gegenüber: Die Sammler müssen belegen, dass sie ihr Versprechen auch gehalten haben. Auf der Website von H&M kann beispielsweise nachgelesen werden, wo das soziale Engagement stattgefunden hat.

Für den Spender bleibt problematisch: Trotz der verfügbaren Geld- und Mengenangaben ist der Bereich Altkleider-Sammlung ein Feld, auf dem nicht offen mit Zahlen umgegangen wird. Die geschätzten 750 000 Tonnen Altkleider entsprechen immerhin rechnerisch einem Wert von mehr als 330 Millionen Euro. Da ist wenig überraschend, dass – auch unredliche – Begehrlichkeiten geweckt werden, sich ein Stück vom Kuchen anzueignen. Noch scheint es so, das sich niemand zu genau in die Karten schauen lassen will. Vielleicht aus Angst, denn was werden die Spender tun, wenn sie wissen, dass sich ihre „wertlosen“ Altkleider in begehrte Wirtschaftsgüter verwandeln können? Im Zeitalter der „Informationsgesellschaft“ sollte es allerdings möglich sein, transparent und offen mit den jeweiligen Sammelergebnissen umzugehen.

Andreas Schirmer



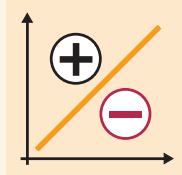
„Der Verbrauch allein ist Ziel und Zweck einer jeden Produktion, daher sollte man die Interessen des Produzenten eigentlich nur soweit beachten, wie es erforderlich sein mag, um das Wohl des Konsumenten zu fördern. Diese Maxime leuchtet ohne Weiteres ein, sodass es töricht wäre, sie noch beweisen zu wollen.“

Adam Smith

IM KLARTEXT

November 2013

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im November 2013

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung 
Die Erwerbstätigkeit in Deutschland hat einen neuen Rekordwert erreicht. Im September wurden 42,1 Millionen Menschen als Erwerbstätige erfasst. Gibt es also mehr zu tun als in den Vorjahren?

Die Beschäftigten des Jahres 1991 hatten rund 52 Milliarden Stunden gearbeitet; im vorigen Jahr wurden dagegen lediglich rund 49 Milliarden Arbeitsstunden gezählt, so das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Ursache dafür, dass es trotzdem mehr Erwerbstätige gibt: Inzwischen arbeiten mehr Menschen in Teilzeit oder in einem Minijob. 1991 waren nur knapp 16 Prozent

der Beschäftigten in Teilzeit tätig, inzwischen sind es fast 35 Prozent; das sind 12,7 Millionen Menschen mehr.

Erwerbstätig ist für das Statistische Bundesamt jeder, der mindestens eine Stunde pro Woche arbeitet. Zur aktuell hohen Erwerbstätigenzahl haben also nicht nur Minijobber und Teilzeit-Kräfte beigetragen, sondern auch Schüler und Rentner, die Zeitungen austragen oder im Supermarkt gelegentlich Regale auffüllen.

Eigenverantwortung 
48 Prozent der Berufstätigen in Deutschland wollen ihre private Altersvorsorge nicht weiter verstärken. Damit ist der Wert in der Studienreihe „Altersvorsorge in Deutschland“ der Postbank besonders auffällig: Im ersten Erhebungsjahr 2003 gaben nur 30 Prozent an, ihre Vorsorge nicht weiter ausbauen zu wollen.

Große Bedeutung für die Altersvorsorge wird der aktuellen Niedrigzinsphase beigemessen: Einerseits will fast die Hälfte der Befragten wegen der niedrigen Zinsen ihre Altersvorsorge nicht erwei-

Altersvorsorge

Anteil der Befragten, die auf den Ausbau der Vorsorge verzichten wollen

2003	30 %
2005	35 %
2007	35 %
2009	40 %
2011	38 %
2013	48 %

Quelle: Postbank

tern. Andererseits stehen bei denen, die vermehrt vorsorgen wollen, Immobilien im Blickpunkt: Ein Drittel derjenigen, die ihre Vorsorge ausbauen wollen, planen aufgrund der günstigen Finanzierungskonditionen ein Haus oder eine Eigentumswohnung zur Selbstnutzung.

Gut zwei Drittel aller Deutschen sind der Meinung, ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung seien die „ideale Form der Alterssicherung“.

Geldwertstabilität


Nach wie vor ist nach Angaben der Wirtschaftsauskunftei Creditreform fast jeder zehnte Erwachsene in Deutschland überschuldet: Im Vergleich zum Vorjahr hat die Zahl der

Schuldner nur um rund 10 000 abgenommen. Knapp 6,6 Millionen Menschen – in rund 3,3 Millionen Haushalten – sind demnach nicht in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen in absehbarer Zeit nachzukommen.

Der Schuldenberg summiert sich bei durchschnittlichen Schulden von rund 33 600 Euro pro Kopf auf insgesamt 221 Milliarden Euro. Das Geld fehlt denjenigen, die Leistungen geliefert und dafür keine Gegenleistungen erhalten haben. Die Gläubiger können nicht über die ihnen zustehenden Mittel verfügen und erleiden im ungünstigsten Fall einen Totalverlust.

Schulden 2013

Schuldenhöhe nach Altersgruppen pro Kopf in Euro

unter 25 Jahre	7 320
25 bis 35 Jahre	16 320
36 bis 45 Jahre	34 560
46 bis 55 Jahre	44 240
56 bis 65 Jahre	50 330
66 bis 70 Jahre	52 960
über 70 Jahre	42 860
Durchschnitt	33 550

Quelle: Creditreform

Erwerbstätige

mit Wohnort in Deutschland, Jahresdurchschnitt in Millionen

1991	38,8
1994	37,7
1997	37,6
2000	39,3
2003	38,8
2006	39,1
2009	40,3
2013 (Jan. – Sept.)	41,6

Quelle: Statistisches Bundesamt

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johannerstraße 8 · 53113 Bonn

Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49

Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: picture alliance/akg images (innen)/maxppp

Druck und Herstellung: Druckerei Engelhardt GmbH, Neunkirchen

erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard